

GLOBALISIERUNG

China übernimmt

Peking kauft Firmen und Infrastruktur in aller Welt. Jetzt öffnet sich Europa.

VON Thomas Fischermann;Angela Köckritz;Frank Sieren | 15. Juli 2010 - 08:00 Uhr

© Reiner Jensen/dpa



Die chinesische Ehrengarde in der Großen Halle des Volkes in Peking

Auf dem Tisch des stellvertretenden griechischen Ministerpräsidenten steht ein grüner Jade-Buddha, der ein wenig so aussieht wie er selbst. Rund, heiter, von großer Gelassenheit. Reibe man dem Buddha morgens den Bauch, erzählt sein Besitzer, werde der Tag gut. Theodoros Pangalos hat die Figur in Shanghai gekauft, dort ist er jetzt öfter unterwegs.

Pangalos sucht Retter für sein Land. Die wirtschaftliche Lage ist dramatisch, daran konnte auch das EU-Hilfspaket nichts ändern. Allerorten werden Löhne gekürzt, unzählige Selbstständige stehen vor dem Ruin, überall wird gestreikt; die Fußballweltmeisterschaft wurde teilweise ohne Kommentare übertragen, weil die Reporter ihre Arbeit niedergelegt hatten. Viele rechnen mit Unruhen im Herbst, wenn die Menschen aus dem Urlaub zurückkommen. Die Regierung will im Eiltempo ein verkrustetes, ineffizientes System umbauen, und dafür braucht sie dringend Geld.

Wer hätte mehr Geld als die Chinesen? Das Gros der Industrieländer hat gerade sein letztes Kapital zusammengekratzt, um Banken, Autokonzerne und Nachbarländer vor dem Kollaps zu bewahren. Die Regierungen stehen vor gewaltigen Schulden, die Banken geizen mit neuem Kredit. China aber sitzt auf einem Devisenberg von etwa zweieinhalb Billionen US-Dollar, und dieser Geldhaufen wächst täglich weiter, weil die Exportwirtschaft neu erblüht. Die chinesische Wirtschaft wird 2010 nach Einschätzung des Internationalen

Währungsfonds um zehn Prozent wachsen. Die Chinesen können sich also manches leisten. Und was haben Pangalos und seine Minister ihnen zuletzt nicht alles angeboten!

Das Eisenbahnsystem. Häfen in Korinth, Volios, Thessaloniki, Alexandroupolis, Kreta. Ein Terminal im Hafen von Piräus, zusätzlich zu jenem, das den Chinesen schon gehört. Die griechische Regierung hofft auf Investitionen im Energie- und Wassersektor. Mit chinesischer Hilfe soll bald ein großes Logistikzentrum entstehen. Im Juni erst war Pangalos' chinesischer Kollege, der Vizepremier Zhang Dejiang, in Athen, um seine Unterschrift unter das größte chinesische Investitionsvorhaben aller Zeiten in Europa zu setzen. Es umfasst 14 Punkte, darunter Schifffahrt, Logistik, Tourismus, Telekommunikation und Olivenöl.

Nein, sagt Pangalos, es bringe nichts, zu versuchen, strategische Industriezweige vor ausländischen Investoren zu schützen, so wie Angela Merkel es einst gefordert hatte. Pangalos sagt, er habe jetzt eingesehen: »In einer globalen Wirtschaft geht das nicht.«

Es ist ein großer Moment für China: Der Westen steckt in seinen Krisen – und die Welt braucht frisches Kapital aus der Volksrepublik. Es musste jedenfalls niemanden wundern, dass die Chinesen gleich zu Beginn der Weltfinanzkrise verstärkt im Ausland investierten – und dass daraus bald eine globale Shoppingtour nach Rohstoffen und Kapitalanlagen wurde. Allein im Krisenjahr 2009 haben die Chinesen rund 150 Milliarden Dollar international angelegt, rund dreimal so viel wie im Jahr davor. »Die Weltfinanzkrise ist gleichzeitig eine Herausforderung und eine Chance«, erklärte Zhang Guaobao, der Chef der Nationalen Energiebehörde, »die Preise sinken, und Beteiligungen werden einfacher.«

Schön für die mit der dicken Briefftasche, zumal Anlageberater in der chinesischen Zentralbank mahnten: Die Regierung dürfe ihre Devisenreserven nicht mehr bloß in US-Staatsanleihen anlegen. Das sei zu einseitig. Zu gefährlich. Auf die großen westlichen Währungen sei kein Verlass mehr. Öl, Gas, Kupfer und Eisenerze – das seien die neuen Hartwährungen des Planeten.

Ohnehin braucht China riesige Rohstoffmengen, um seine gewaltige Industriemaschine zu füttern, Jobs zu schaffen und auf diese Weise die soziale Stabilität im Land zu sichern. Und das Riesenland braucht Technologie und Vertriebsnetze, um seine Zukunft zu sichern: Patente und Baupläne zum Beispiel, um fortschrittliche Produkte auszuliefern, oder eingeführte westliche Markennamen, damit man nicht länger bloß der Zulieferer dortiger Firmen bleibt. Wertvoll sind auch Häfen oder Flughäfen, um den Verkehr chinesischer Waren zu beschleunigen.

Peking hatte all das schon lange verstanden – und eine Strategie für Auslandsinvestitionen im Mittleren Osten, in Afrika, Lateinamerika und Zentralasien entwickelt. In Argentinien stiegen die Chinesen im März groß in die Energieversorgung ein, und am vergangenen Dienstag vereinbarten sie in Peking eine umfangreiche Zusammenarbeit im Agrarbereich. In manchen Ländern Afrikas sind die Chinesen so engagiert, dass sie als neue

Kolonisatoren gelten: Neben Minen und Ölförderanlagen haben sie riesige Landflächen für die Produktion von Lebensmitteln und Biotreibstoffen gekauft und gleich noch Arbeitskräfte hinterhergeschickt. »Über eine Million chinesischer Landarbeiter sind über 18 Länder verteilt«, behauptet Carl Rubinstein vom Washingtoner Center for Strategic and International Studies.

Schon seit geraumer Zeit will China auch in Europa investieren. Jetzt öffnet die Krise manche Türen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die lange über Strategien gegen fernöstliche Aufkäufe nachdenken ließ, reist am 15. Juli nach Peking. Dort soll sie auch für chinesische Investitionen in Europa werben. Zwei Tage zuvor war der britische Außenminister William Hague da, tags drauf schaut der ukrainische Außenminister vorbei. Alle wollen nur das eine von den Chinesen. Früher war das chinesische Engagement in der Alten Welt sehr überschaubar. In der vergangenen Dekade hat China zwar über 120 Milliarden Dollar weltweit investiert, davon aber nur Peanuts in Europa. Und das, obwohl Europa der größte Exportmarkt für China ist. Doch Chinas Unternehmer beschwerten sich regelmäßig, sie kämen mit den vielen Gesetzen und Regeln nicht zurecht. Vor allem nicht mit den europäischen Arbeitnehmerrechten.

Immerhin: Da bauten die Chinesen mal eine serbische Brücke für 170 Millionen Euro, mal eine polnische Autobahn für 340 Millionen Euro, und sie betreiben einen griechischen Hafen mit einer Vertragslaufzeit von 35 Jahren.

Doch stets waren es die kleinen und ungeliebten Geschäfte, die Europa den Chinesen überließ. Der Flughafen in Parchim, der mit chinesischen Investitionen zum internationalen Drehkreuz ausgebaut werden sollte, kommt nicht recht in Schwung. Die Technologie der britischen Automarke Rover (rund 80 Millionen Euro) wie auch Volvo (1,3 Milliarden) haben die Chinesen nur bekommen, weil niemand anders sie wollte. Zu den wenigen wirklich erfolgreichen Ausnahmen gehört der südchinesische Telekomausrüster Huawei, der inzwischen rund 3000 Mitarbeiter in Europa zählt und Siemens Paroli bietet. Und Huawei ist von selbst im Abendland gewachsen.

Yu Yongding glaubt, jetzt komme die Zeit Chinas. Der Mann, der in der chinesischen Botschaft in Berlin empfängt, ist ein hochrangiger Berater des chinesischen Außenministeriums, er sieht aber eher aus wie eine Mischung aus Rockgitarrist und konfuzianischem Gelehrten. Breite Koteletten zieren seine Wangen. Yu Yongdings Lebenslauf widerlegt alle Vorurteile. Er hat in unzähligen Kommissionen gearbeitet wie auch für die chinesische Zentralbank. »Die Krise in Griechenland und Europa hat uns eine Gelegenheit gegeben, die wir sonst nicht gehabt hätten«, sagt Yu. Er hoffe, dass die Investitionen in Griechenland auch für andere Länder als Signal dienen. Man wolle allen Ländern in der Krise helfen, sich aber nicht aufdrängen, sagt Yu. Mit Spanien führe man schon Gespräche, die Spanier hätten aber erwidert: »Im Moment ist eure moralische Unterstützung am wichtigsten.«

Dann schimpft Yu. Auf die USA und die Westmächte, die doch immer Chinas Motive bezweifelten und seine rein wirtschaftlichen Aktivitäten politisierten. Da schimpfte man über den chinesischen Handelsüberschuss, und wenn China investieren wolle, sei es auch wieder nicht recht.

So ist das eben: Chinesische Investitionen sind für die Empfänger eine zweischneidige Angelegenheit. Übersetzt sich die wirtschaftliche Macht der Chinesen in politischen Einfluss? Umso mehr, da es sich um einen Staat handelt, in dem Regierung und Unternehmen eng verbunden sind?

Es ist kein Geheimnis, dass sich Peking mit großen Einkäufen und Beteiligungen auch politische Treue zu sichern versucht; und zumindest in Entwicklungsländern und bei manchem unmittelbaren Nachbarn funktioniert das auch. Wichtige Länder in Afrika und im Mittleren Osten, ganze Kontinente wie Australien sind zu Lieferanten für China geworden – und vielerorts toben Debatten darüber, ob man sich zum Büttel der Chinesen mache.

Doch die Welt ist schon abhängig von Peking. Viele Länder klagen, dass China den Kurs seiner Währung künstlich unten hält, aber die asiatischen Nachbarn mucken nicht auf – obwohl sie ebenso darunter leiden. Der amerikanische Internetkonzern Google machte einen Rückzieher, nachdem er zuvor mit Rückendeckung der Obama-Regierung eine große Aufregung um Internetzensur in der Volksrepublik gestartet hatte. Für dieses Wohlverhalten bekam er seine Lizenz zum Geschäftemachen in China verlängert.

Wie viel Einfluss die Chinesen in Europa genießen, kann man in Hamburg sehen, dem wichtigsten chinesischen Standort in Deutschland. Schon vor der Krise war Hamburg der wichtigste europäische Hafen für die Chinesen; seit 1986 pflegt Hamburg eine Städtepartnerschaft mit Shanghai, 400 chinesische Firmen haben sich hier angesiedelt. In fast jeder Behörde der Stadt arbeiten Sinologen oder Chinesen, es gibt chinesische Schulen und intensive Beratung für alle potenziellen Investoren.

Doch etwas ist neu. Hamburg merkt nun, dass auch andere Städte die Asiaten umgarnen. »Es werben mittlerweile viele Städte in Europa um die Chinesen«, sagt Jens Aßmann von der Hamburger Handelskammer. Besonders intensiv sei die Konkurrenz mit Düsseldorf.

Wenn der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust nach Shanghai fährt, gewährt ihm sein chinesischer Amtskollege zehn Minuten. »Hamburg ist sich bewusst, wer hier der Juniorpartner ist«, sagt Aßmann. Auch Stefan Matz von der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung kümmert sich um chinesische Investoren. Er war überrascht, wie sehr sich die potenziellen Investoren gewandelt hätten, sie seien professioneller, kosmopolitischer und zunehmend bereit, sich beraten zu lassen. »Die haben absolut das Potenzial für gute Übernahmen«, sagt er.

Athen. Draußen vor dem Parlament haben sich die Kommunisten versammelt, nicht die chinesischen, sondern die griechischen. Arm in Arm schwenken sie rote Flaggen und

singen die Lieder der Revolution, einer trägt das Konterfei Stalins auf dem T-Shirt. Die Kommunisten haben den Generalstreik ausgerufen. Ausgerechnet sie sind die größten Gegner des Engagements der chinesischen Genossen. Eine ältere Dame mit kurzem Haar, pensionierte Technikerin einer Schuhfabrik, sagt, sie hätte zwar im Prinzip nichts gegen ausländische Investitionen. So aber nicht! »Die Chinesen werden alle Schlüsselindustrien der griechischen Wirtschaft übernehmen! Es ist ein kompletter Ausverkauf.«

Ein paar Kilometer weiter sitzt Tasos Telloglou, ein ebenso bewunderter wie gefürchteter investigativer Journalist, in der Kantine seines Senders Skai TV. »Die Situation ist zum Verzweifeln«, sagt er. »Die Regierung wäre bereit, jede Investition anzunehmen.« Wer heutzutage überhaupt noch in Griechenland investiere? Chinesen, Russen, Araber. Griechenland sei ein demokratisches Land, doch das Geld komme aus geschlossenen Gesellschaften. »Griechenland bewegt sich weg von Europa«, befürchtet der Journalist. Sein Land sei ein weicher Staat. Ein Staat, den man biegen könne.

Mit oder ohne Verschwörungstheorien – auf jeden Fall ist bei den Chinesen in diesen Tagen eine gewisse Eile festzustellen. Etliche Erklärungen bieten sich an: die begrenzte Haltbarkeit der chinesischen Devisenreserven, die Angst vor versiegenden Rohstoffquellen – und Selbstzweifel. Ist der chinesische Boom, der große chinesische Moment nach der Krise, womöglich doch flüchtig?

Der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff, Exchefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds, provozierte Anfang Juli eine Reihe alarmierender Schlagzeilen: Er sagte voraus, Chinas Immobilienmarkt werde zusammenbrechen, und wertete dies als einen empfindlichen Schlag für die Volksrepublik, weil damit auch eine Reihe von Banken kollabieren könnte. Die psychologischen Folgen wären möglicherweise dramatisch. Rogoffs Schwarzmalerei ist in Ökonomenkreisen umstritten, zumal Pekings Führung das Problem selbst sieht und im April den Kauf von Immobilien zu spekulativen Zwecken erschwerte – Maßnahmen, die bereits ein wenig greifen. Doch auch die Chinesen wissen, dass Stimmungen manchmal stärker sind als Fakten. »Mittelfristig braucht China ein neues Modell«, so sieht es Rolf J. Langhammer, der Vizechef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Vielleicht müsse der Weg dorthin über die eine oder andere geplatze Blase führen.

Wenn China deswegen aber hastig in der Welt einkauft, könnte es sich schnell das Falsche aneignen. In den USA wird in diesen Tagen daran erinnert, dass ja auch eine andere aufstrebende Wirtschaftsnation – Japan – in den achtziger Jahren einem großen Kaufrausch erlag. Am Ende versenkten die Japaner viel Geld in spektakulären, aber unprofitablen Riesenprojekten wie etwa beim Kauf des Rockefeller Center in New York oder abgewirtschafteter Filmstudios an der Westküste.

Ob die Chinesen am Ende auch in solche Fallen tappen? Geht es um Lagerstätten oder Förderanlagen für Rohstoffe, soll China gern mehr bezahlen als üblich. Das Kalkül der Chinesen mag im einzelnen Fall trotzdem stimmen: Womöglich ist es für sie günstiger, mehr zu bezahlen, als am Ende leer auszugehen. Ohne Rohstoffe kein Wachstum in China,

so einfach kalkulieren Peking und seine Staatskonzerne. Doch sie verderben dem Rest der Welt die Preise und am Ende auch sich selbst.

Den Griechen allerdings könnte es in Peking gar nicht eilig genug zugehen. Vizepremier Pangalos, der Mann mit dem Buddha, würde chinesischen Investoren gern die verschuldete Eisenbahn andrehen – er glaubt aber selbst nicht so recht daran. »Die will doch keiner haben«, sagt der Politiker.

Und dann gibt es da diesen Deal im großen 14-Punkte-Abkommen, einen 123 Millionen Dollar teuren Hotelkomplex in Piräus zu bauen – ausgerechnet an einem sehr unattraktiven Verkehrsknotenpunkt. Mal sehen, ob die Chinesen da nicht doch am Ende kühlen Kopf bewahren.

Vor einer Sache haben sie jedenfalls keine Angst mehr: vor der Wut der Öffentlichkeit. Die schwindet, je verzweifelter Empfängerländer nach Kapital Ausschau halten.

Anfang Juni übernahm die chinesische Reederei Cosco den Betrieb auf dem größten Terminal von Piräus, Terminal 2, und zunächst streikte die Gewerkschaft der Hafentarbeiter gegen Dumpinglöhne und Konkurrenz durch chinesische Arbeiter. Andere befürchteten, um den Hafen herum würden sich bald chinesische Firmen ansiedeln, die so gut wie fertige Produkte mit einem letzten Handgriff in Endprodukte verwandelten, um ihnen dann ein Etikett »made in Europe« aufzukleben.

Als der Cosco-Chef Wei Jiafu diesen Sommer Griechenland besuchte, wurde der Mann, den sie hier liebevoll »Kapitän Wei« nennen, aber regelrecht gefeiert.

Und der Staatsminister Haris Pamboukis, der in Griechenland die Strippen bei Deals mit ausländischen Investoren zieht, preist den Cosco-Deal heute im Land als großes Vorbild an. »In Zeiten der Krise muss man sich einfach öffnen.«

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 15.07.2010 Nr. 29
ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/29/China-Europa>